

Antrag

**der Abgeordneten Dietrich Wersich, Ralf Niedmers, Joachim Lenders,
Dr. Jens Wolf, Karin Prien, Carsten Ovens (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 21/6467

Betr.: Fortbestand des Instituts für niederdeutsche Sprache sichern

Ein Sturm der Entrüstung ging durch die Kultur- und Vereinsszene, als bekannt wurde, dass der Hamburger Senat die Absicht hat, die Förderung des Instituts für niederdeutsche Sprache einzustellen. Das Institut für niederdeutsche Sprache e.V. (INS) wurde 1973 gegründet und ist die einzige überregional tätige Einrichtung zur Förderung des Niederdeutschen und das am breitesten aufgestellte Kompetenzzentrum im Bereich niederdeutscher Sprach- und Kulturarbeit. Das INS kooperiert mit Schulen, Kindergärten, Autoren, Pastoren, Musikern, Medien- und Theaterleuten sowie mit Vereinen und Verbänden. Mit Schreiben vom 10. Mai 2016 teilten die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein dem INS nun mit, dass sie den seit 1979 gültigen Finanzierungsvertrag für das INS zum Ende des Jahres 2017 zu kündigen gedenken. Die für die plattdeutsche Sprache ungemein wichtige Arbeit des Instituts steht nun auf dem Spiel, obwohl Hamburg von der Gesamtförderung in Höhe von 272.000 Euro seit 2010 gerade einmal circa 32.000 Euro p.a. übernimmt. Bei einem Gesamt-Jahresbudget von 400.000 Euro (inklusive einer Projektförderung des Bundes von 120.000 Euro) sind diese Kürzungen für das Institut als existenzbedrohend einzustufen, ohne dass mit den jeweiligen Mitteln in den beteiligten Bundesländern Vergleichbares wie das INS geleistet werden könnte.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. sich mit den anderen beteiligten Bundesländern Bremen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein für den Erhalt des Instituts für niederdeutsche Sprache einzusetzen, damit dieses seine Arbeit auch nach 2017 fortsetzen kann,
2. den Hamburger Anteil für das Institut für niederdeutsche Sprache in Höhe von circa 32.000 Euro im Haushalt dauerhaft festzulegen,
3. der Bürgerschaft hierüber bis zum 31. März 2017 zu berichten.